

**HT 2004: Wissenschaft, Politik und Krieg.
Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
1933-1945**

Veranstalter: Reinhard Rürup, Wolfgang Schieder

Datum, Ort: 17.09.2004, Historikertag Kiel

Bericht von: Matthias Berg

Die historiographische Erforschung des Verhältnisses von Wissenschaft und Nationalsozialismus hat seit dem Beginn der 1990er Jahre eine oftmals umstrittene, fraglos jedoch qualitativ wie quantitativ erfreuliche Konjunktur erlebt. Für eine tragfähige Analyse dieses Verhältnisses erwies sich die Konzentration auf zentrale Forschungseinrichtungen der deutschen Wissenschaftslandschaft zunehmend als ergiebig, da hierbei die miteinander eng verknüpfte Exploration strukturell, institutionell, paradigmatisch oder auch biographisch orientierter Fragestellungen sich im Grunde aus dem untersuchten Gegenstand selbst ergab. Eine der bedeutendsten außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (folgend KWG abgekürzt). Mit ihrer Erforschung ist seit 1998 eine unabhängige Präsidentenkommission „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ betraut. Sie wurde anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der nachfolgenden Wissenschaftsinstitution, der Max-Planck-Gesellschaft, eingesetzt. Unter den in fünf Themenfeldern zusammengefassten, leitenden Fragestellungen „Kontinuität und Diskontinuität“, „Wissenschaft als Legitimation“, „Expertenwissen“, „Entgrenzung der Forschung“ sowie „Internationale Vergleichsperspektive“ wurde ein Forschungsprogramm konzipiert. Vorwiegend im Fokus der Erforschung lagen die vier Schwerpunktbereiche „Organisation, Politik und Verwaltung“, „Rasseforschung“, genetische, medizinische und psychiatrische Forschungen“, „Rüstungsforschung, 'kriegswichtige' und anwendungsbezogene Forschung“ sowie „Ostforschung“ und „Lebensraumforschung“¹. Ausgewählte Ergebnisse des im Frühjahr 2005 auslaufenden Projekts wurden auf dem 45. Deutschen Historikertag in Kiel im Rahmen der Sektion „Wissenschaft, Politik und Krieg. Die Kaiser-

Wilhelm-Gesellschaft 1933-1945“ vorgestellt. Die Leitung der Sektion oblag den beiden Vorsitzenden der Präsidentenkommission, Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder.

In einer kurzen Einführung erläuterte Wolfgang Schieder sowohl die Konzeption wie auch den bisherigen Verlauf des Forschungsprogramms und verwies auf den umfassenderen Kontext der derzeitigen Erforschung der Geschichte der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Zielsetzend für das Projekt sei jedoch weder eine „reine Wissenschaftsgeschichte“ noch eine schematische Aufarbeitung der Geschichte der einzelnen Institute der KWG gewesen, vielmehr sollte die „Implementierung“ wissenschaftlicher Großforschung im nationalsozialistischen System untersucht werden.

Den ersten Vortrag der Sektion hielt Carola Sachse (Wien), die zwischen 2000 und 2004 die Projektleitung des Forschungsprogramms innehatte. Unter dem Titel „Wissenschaft und Macht. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im internationalen Vergleich 1933-1945“ analysierte sie die Rolle der KWG im internationalen Vergleich.

Den Mittelpunkt ihres Beitrages bildete die Vorstellung eines gemeinsam mit Mark Walker initiierten, komparatistischen Projekts, in dessen Rahmen Aspekte der Geschichte der KWG mit wissenschaftlicher Forschung und Anwendung in anderen Ländern verglichen wurden². Für den Bereich der Wissenschaftsgeschichte konstatierte Sachse einerseits eine langjährige Scheu vor international vergleichenden Perspektiven in der Erforschung des Nationalsozialismus. Andererseits sei, durchaus vergleichend, wegen des Primats der Politik, der vorgeblichen Wissenschaftsfeindlichkeit des NS-Regimes oder der Ideologisierung der Forschung auf eine zunehmende Rückständigkeit der deutschen Wissenschaft zwischen 1933 und 1945 geschlossen worden. Durch die auch im Rahmen des Forschungsprogramms erreichte deutliche Differenzierung beziehungsweise Revision dieser Annahmen sei nun ein Punkt erreicht, der insbesondere bezüglich der KWG vergleichende Analysen als „produktiv“ erscheinen ließe. Grundlegend, so Sachse, seien folgende drei Befunde festzuhalten. Erstens könne keinem der in den Vergleich einbezogenen, Krieg führenden Länder eine „grundsätzlich wissenschaftsfeindliche Haltung“ attestiert werden. Zweitens seien überall Wissenschaft-

¹Die leitenden Fragestellungen sowie die bearbeiteten Schwerpunktbereiche werden auf der Homepage des Forschungsprogramms näher erläutert (<http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/research.htm>).

²Die Ergebnisse des Vergleichsprojekts werden 2005 publiziert, vergleiche Sachse, Carola; Walker, Mark (ed.), *Politics and Science in Wartime: Comparative International Perspectives on Kaiser Wilhelm Institutes*, Osiris vol. 20.

ler sowie wissenschaftliche Institutionen zur Mitarbeit an als kriegswichtig angesehenen Forschungen bereit gewesen und hätten den „größtmöglichen wissenschaftlichen und professionellen Nutzen aus den kriegerischen Bedingungen“ zu ziehen gesucht. Schließlich resultierten drittens aus diesen von Land zu Land differierenden Bedingungen des Krieges unterschiedliche Einschränkungen des sonst üblichen Wissenschaftsbetriebs. Die wesentlichsten Ergebnisse des Vergleichsprojekts stellte Sachse zusammengefasst in vier Thesen vor. Im Rahmen der „Mobilisierung der Rüstungsforschung“ konnte sowohl in Deutschland wie auch in der Sowjetunion eine zunehmend erfolgreiche Ausrichtung der Forschung auf die militärischen Bedürfnisse erzielt werden, hingegen gelte dies für Japan nicht. Das Handeln von „Wissenschaftlern und intermediären wissenschaftlichen Institutionen als politische Akteure“, so die Ergebnisse des Vergleichs der KWG mit Institutionen in Japan, der USA sowie der Sowjetunion, war zumeist „funktional auf die beiderseitig optimale Allokation wissenschaftlicher und politischer Interessen beschränkt“. Einzelne Beispiele für die Verteidigung wissenschaftlichen Freiraums seien nicht als oppositionelle Handlungen, sondern vielmehr als „professioneller Eigensinn“ anzusehen. Für die „Wechselwirkungen zwischen Politik und Wissenschaft in Kriegszeiten“ stelle sich die Frage, inwieweit „politische Nachfrage oder die Aussicht auf vermehrte Ressourcen die wissenschaftliche Angebotsseite“ verändert habe. Wie Sachse verdeutlichte, ermöglichte die „Außerkräftsetzung ethisch-moralischer Regeln“ in Deutschland und Japan die Durchführung zahlreicher Menschenexperimente. Nicht differente Forschungsparadigmen, sondern die Kontrolle einer demokratischen Öffentlichkeit setzten der Experimentalmedizin in den USA deutlich engere Grenzen. Die Besonderheit des Verhältnisses von Nationalsozialismus und KWG als exemplarischer wissenschaftlicher Institution erklärte Sachse schließlich aus einer „durch keinerlei gesellschaftliche Kontrolle gebremste(n) Dynamik, in der sich politisches Verbrechertum und ... wissenschaftliche Energie, die gleichermaßen auf Erkenntnis wie auf Umsetzung drängte, gegenseitig antrieben“. Zusammenfassend betonte Carola Sachse, dass die „national organisierten und alimentierten Wissenschaftssysteme des 20. Jahrhunderts“ über keine „zuverlässigen, systemspezifischen Schranken“ verfügt hätten, die die „Kooperation mit verbrecherischen Re-

gimes“ hätten verhindern können. Die KWG, als „Mediator“ zwischen den Interessen ihrer wissenschaftlichen Mitglieder und der Nachfrage des NS-Regimes agierend, sei ein „in hohem Maße funktionstüchtiger und verlässlicher Partner des Regimes“ gewesen.

Zur „Expansion und Konzentration der Forschung im 'Dritten Reich'. Politik und Verwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ referierte anschließend Rüdiger Hachtmann (Berlin). Mit zwei Ereignissen von „symptomatischer Bedeutung“ illustrierte er eingangs das besondere Verhältnis von KWG und nationalsozialistischem System. Dem Vorwurf des Pazifismus, den gegen Ende des Jahres 1933 der damalige Ministerialdirektor Theodor Vahlen gegen die KWG erhob und den Max Planck, seit 1930 Präsident der KWG, empört und unter Verweis auf die engagierte Teilnahme an der „schwarzen Rüstungsforschung“ zurückwies, musste sich die KWG aus gutem Grund kein zweites Mal stellen. Auch das Verbot einer Vortragsveranstaltung der KWG im Saarland zu Beginn des Jahres 1936 aufgrund von im Zusammenhang mit dem Namenspatron der Gesellschaft vermuteten „monarchistischen“ Verbindungen stellte sich alsbald als Irrtum heraus. Bis 1945 ließen sich, trotz der manifesten Antipathien des NS-Regimes gegenüber der monarchistischen Staatsform, keine weiteren Diskussionen um den Namen der KWG feststellen. Ihre wissenschaftspolitische Bedeutung, so Hachtmann, setzte die KWG in ein besonderes Verhältnis zum nationalsozialistischen System. In einem „Geschäft auf Gegenseitigkeit“ stellte die KWG „wissenschaftliches Kapital“ und das NS-Regime „politisches und vor allem ökonomisches Kapital“ zur Verfügung. Die KWG vollzog eine „politisch-weltanschauliche Teilidentifikation mit zentralen Zielen des NS-Regimes“ und expandierte folgerichtig in vielfältiger Hinsicht. So wuchs der Etat zwischen 1937 und 1943 jährlich um mehr als 30 %, die Anzahl der Institute war von 29 im Jahr 1933 bis auf 42 im Jahr 1943 angestiegen. Die Gründe für diese „Erfolgsgeschichte“ erläuterte Hachtmann im Folgenden an drei Unterpunkten. Bereits seit ihrer Gründung habe die KWG durch eine gezielte Strategie alle bedeutenden politischen Entscheidungsträger und einflussreichen Großindustriellen an sich zu binden gesucht, zumeist über die Berufung in die leitenden Gremien der KWG. Bei Verhandlungen um finanzielle Mittel oder institutionelle Erweiterungen gelang es

der KWG somit, „mit sich selbst zu verhandeln“ und dementsprechende Ergebnisse zu erzielen. Vor allem der seit 1937 amtierende Generalsekretär Ernst Telschow habe durch seinen Zugang zu den Führungsspitzen des NS-Regimes die Stellung der KWG in besonderem Maße festigen können. Die beschriebene „institutionelle Verflechtung“ sei, so Hachtmann, durch „informelle Netzwerke“ gesichert und ausgebaut worden. Durch Mitgliedschaften im „Deutschen-Herren-Klub“ beziehungsweise im „Nationalen Klub“ wurden bereits seit Anfang der 30er Jahre entscheidende Beziehungen zwischen dem rechtskonservativen Großbürgertum und Teilen der NS-Bewegung hergestellt. Allerdings konnten derartige Beziehungen aufgrund politischer Fehleinschätzungen auch eine rasche Entwertung erfahren, wie Hachtmann für den 1937 ausscheidenden Generaldirektor Friedrich Glum ausführte. Sein Nachfolger Telschow erreichte hingegen durch die Mitgliedschaft im exklusiven „Aero-Klub“ Görings einen kaum zu überschätzenden Zugang zur Führungsspitze des Nationalsozialismus. Im Rahmen seiner „formellen Positionen“ wurde der Generalsekretär der KWG überdies zu einem der „einflussreichsten Wissenschaftspolitiker“ des „Dritten Reiches“. Abschließend charakterisierte Hachtmann das „KWG-Wissenschaftsmanagement im 'Dritten Reich'“ als „technokratische Veranstaltung“. Der Antisemitismus des NS-Regimes sei, auch wenn Mitglieder der KWG betroffen waren, in „technokratischer Manier entideologisiert“, Ziele und Handeln des NS-Regimes in Teilschritte zergliedert und anschließend als „Sachfragen“ behandelt worden. Mit der Feststellung, dass insbesondere dieses „technokratische Selbstverständnis“ die nach 1945 erhobenen Apologien erleichtert habe, beendete Rüdiger Hachtmann seinen Vortrag.

Im Zentrum der folgenden kurzen Diskussion stand eingangs die Bewertung des Maßes an Identifikation der KWG mit dem Nationalsozialismus. Gerhard A. Ritter (Berlin) verwies auf die engen Verbindungen des KWG-Generaldirektors Glum zum italienischen Faschismus. Ritters Frage nach den Kontinuitäten der aus der Zeit der Weimarer Republik bestehenden Netzwerke beantwortete Rüdiger Hachtmann mit der Einschätzung, dass vor allem die Verbindungen Glums nach 1933 von abnehmender Relevanz gewesen seien. Erst mit dem Amtsantritt Telschows habe die KWG den veränderten „Kommunikationsstruktu-

ren zwischen Wissenschaft und Politik“ entsprechen können. Den aus dem Publikum nachgefragten internationalen wissenschaftlichen Transfer bejahte Carola Sachse vor allem bezüglich der Biowissenschaften. Während Helmut Maier die nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte Auswanderung deutscher Wissenschaftler anmerkte, verwies Wolfgang Schieder auf die bis 1939 erfolgte Förderung von Wissenschaftlern der KWG durch die Rockefeller-Stiftung. Über den nicht zu überschätzenden Einfluss der KWG in der „Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung“ wurde Einigkeit erzielt.

Bislang, so leitete Helmut Maier (Berlin) seinen Vortrag mit dem Titel „Rüstungsforschung und Militärtechnik - Kontinuität und Wandel. Militär, Industrie und Forschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ ein, sei das Verhältnis von Wissenschaft und Militär als Antagonismus beschrieben worden. Selbst nach 1933 sei es „zu keiner systematischen Mobilisierung der Wissenschaften gekommen“, eine zentrale Steuerung sei ausgeblieben. Jedoch zeigten neuere Forschungen, dass es bereits vor der Gründung der KWG eine von Militär und Industrie betriebene, dezidierte Forschungspolitik gegeben hat. Die KWG wurde, so Maier, bereits während des Ersten Weltkriegs zum „Motor des Kriegseinsatzes der Wissenschaften“, sie blieb der „Dreh- und Angelpunkt“ dieses „Komplexes der Rüstungsforschung“ über die Brüche von 1918 und 1933 hinweg.³ In einem kurzen Abriss skizzierte er im Folgenden die aus seiner Sicht kontinuierliche Entwicklung der Rüstungsforschung seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis in den Ersten Weltkrieg. Seit Beginn der 20er Jahre begegnete die Reichswehr den Bestimmungen des Versailler Vertrages mittels einer Doppelstrategie, welche neben der „schwarzen Rüstung“ auch eine „schwarze Rüstungsforschung“ beinhaltete. Die KWG habe sich der Rüstungsforschung geöffnet, ihre Institute entwickelten sich zu „kostenneutralen Laborbanken der Reichswehr“. Die Finanzierung dieser Forschung aus einer Vielzahl unterschiedlicher Quellen führte laut Maier zu einem „multiplexen System der Forschungsförderung“, welches ohne reichseinheit-

³ Im Rahmen der von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder herausgegeben Buchreihe „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ hat Maier bereits 2002 einen Sammelband zum Thema herausgegeben, vergleiche Maier, Helmut (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002.

liche Forschungsführung funktionierte und über 1933 hinaus erhalten blieb. Abgesehen von der sukzessiven Entdemokratisierung der Gutachtergremien blieb das Weimarer Wissenschaftssystem in Hinblick auf seine Protagonisten, auf seine forschungsfördernden Einrichtungen sowie auf die bewilligten Forschungsvorhaben im Kern erhalten. Der feststellbare Wandel, so Maier, ließe sich zunächst als Expansion charakterisieren. Die bestehenden Strukturen ergänzend und ausbauend, entstand durch die Schaffung von zusätzlichen Forschungs- und Förderungseinrichtungen eine neue Qualität der Organisation und Steuerung, die Maier als „NS-typisch“ charakterisierte. Exemplarisch erläuterte er im Folgenden anhand des „Reichsamtes für Wirtschaftsausbau“ die Schlüsselstellung der KWG für die Entfaltung von Forschungskomplexen im Bereich der Rüstungsforschung. Zudem erschließe sich die „Spitzenstellung“ der KWG über ihre institutionelle wie personelle Dominanz im „größten Forschungskomplex des NS-Systems“, der Luftfahrtforschung. Auch während des Kriegs sei jedoch keine „Forschungssteuerung aus einer Hand“ entstanden, die Effektivität der Forschungsorganisation könne daher berechtigter Weise in Frage gestellt werden. Betrachte man aber die „Mittelinstantz“, so ergäbe sich ein „überraschendes Bild“ von „Verschaltung und Kooperation“. Am Beispiel des „Metallwunders“ erläuterte Maier abschließend die „punktgenaue“ Lösung von Problemen der Rüstung durch ein „System bevollmächtigter Experten, die nach dem Selbstverantwortungsprinzip organisierte Gremien etablierten“. Die besondere Stellung der KWG in der Rüstungsforschung resultierte, so Helmut Maier in seiner Zusammenfassung, aus der „Überzeugung des Militärs vom Nutzen der Wissenschaft für den Krieg“, dem „Schulterschluss der politischen Eliten mit den Spitzen der KWG“, der „Besetzung von Schlüsselpositionen der Mittelinstantz durch KWG-Wissenschaftler“ sowie nicht zuletzt aus der Fähigkeit und dem Willen zur „Produktion rüstungsrelevanten Wissens“.

Im Zentrum des sich anschließenden Beitrages Hans-Walter Schmuhs (Bielefeld) zur „Rassenforschung und Rassenpolitik. Die Entgrenzung der Biowissenschaften in Kaiser-Wilhelm-Instituten“ standen mit dem Berliner KWI für Anthropologie, der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in München und dem KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch drei Einrichtungen der KWG, die „zentrale Knotenpunkte innerhalb des dichten

Netzwerkes zwischen Biowissenschaften und Politik“ im Nationalsozialismus bildeten. Weite Bereiche der „nationalsozialistischen Erb- und Rassenpolitik“, so Schmuhl, seien unter Rückgriff auf „wissenschaftliche Expertise legitimiert, geplant, vorbereitet, durchgeführt und auf ihre Effizienz hin evaluiert“ worden. Die drei benannten Institute der KWG nahmen hierbei eine Schlüsselstellung ein.⁴ Durch die Ende der 30er Jahre einsetzende Wandlung der Genetik zur komplexeren Phänogenetik, der Beobachtung von „Wechselwirkungsprozessen zwischen Erbfaktoren und Umweltbedingungen“, problematisierte sich das Selbstverständnis der Biowissenschaften als unmittelbar handlungsmächtige, angewandte Wissenschaft zunehmend. Der Leiter des KWI für Anthropologie, Eugen Fischer, strukturierte seit 1938 sein Institut unter den Vorzeichen der Phänogenetik um und manövrierte es damit in den „mainstream“ der genetischen Forschung in Deutschland. Die angesichts des vollzogenen Paradigmenwechsels anstehende kritische Revision der wissenschaftlichen Grundlagen der NS- Erb- und Rassenpolitik führte jedoch nicht zu einer Reduktion der Forschungsanstrengungen. Vielmehr wurde die Entwicklung eines verfeinerten „diagnostischen Instrumentariums“ weiter forciert und das „Abgleiten in die Zone des Verbrechens“ beschleunigt. Folgend skizzierte Schmuhl die „Arbeitsteilung“ der drei benannten Institute der KWG auf dem für die Erbgesundheitspolitik und die Erbpathologie entscheidenden Gebiet der „Differentialdiagnostik“. Die Arbeiten sowohl am KWI für Hirnforschung wie auch an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie entwickelten sich dabei zur „Begleitforschung der NS-’Euthanasie’“, an der Ermordung der Patienten beteiligten sich die Wissenschaftler „anleitend und initiativ“. Auch am KWI für Anthropologie „benutzte“ der Wissenschaftler Hans Nachtsheim für seine Unterdruckexperimente epilepsiekranker Kinder. Die am selben Institut zur Pigmentierung der menschlichen Iris forschende Karin Magnusen ließ sich von Josef Mengele, langjähriger Mitarbeiter des neuen Institutsleiters Otmar von Verschuer und Gastwissenschaftler des KWI, die Augen von nach Auschwitz verschleppten und offenbar zur Gewinnung der „Proben“ ermordeten Sinti schicken. Auch für das von Verschuer selbst durch-

⁴ Eine Vielzahl weiterführender Aufsätze finden sich im von Hans-Walter Schmuhl in besagter Reihe herausgegebenen Sammelband, vergleiche Schmuhl, Hans-Walter (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933, Göttingen 2003.

geführte Projekt „Spezifische Eiweißkörper“ sandte Mengele Blutproben aus Auschwitz nach Berlin. Die bislang üblichen „Rassentests“ nach den Methoden der klassischen Anthropometrie sollten, ganz im Kontext des Paradigmenwechsels zur Phänotypik, durch die Entwicklung eines „serologischen Rassentests“ ersetzt werden⁵. Der Ursprung der in den Jahren 1939 bis 1945 in allen drei Instituten erfolgten Überschreitung aller wissenschaftsethischen Grenzen lag nach Hans-Walter Schmuhl bereits in der Weimarer Republik. Für die Biowissenschaften stellte das „Dritte Reich“ ein „Land der (nahezu) unbegrenzten Möglichkeiten“ dar, die im „nationalsozialistischen Lagerkosmos“ gefangen gehaltenen Menschen „waren dem Zugriff der Wissenschaft schutzlos ausgeliefert“. Der „wissenschaftliche Machbarkeitswahn“ sei weder aus „politischer Indoktrinierung“ noch aus „Opportunismus“, sondern vielmehr aus der „Hybris“ einer sich als „Avantgarde der Wissenschaften vom Menschen“ verstehenden Forschung resultiert.

In seinem die Sektion beschließenden Vortrag „Kontinuität und Neubeginn. Die ‚Vergangenheitspolitik‘ der Max-Planck-Gesellschaft“ beschäftigte sich Reinhard Rürup mit der „Vergangenheitsbewältigung“ der der KWG nachfolgenden Max-Planck-Gesellschaft (folgend MPG abgekürzt). Nach dem Kriegsende, so Rürup, erschien der Fortbestand einer „Einrichtung der deutschen Eliteforschung“ als kaum haltbar, die Sicherung der Kontinuität war nur durch eine Neugründung zu gewährleisten. Die MPG, personell und institutionell eng mit der ehemaligen KWG verbunden, begann ihren „Neuanfang“ jedoch ohne historische Aufarbeitung. Die in den ersten Jahren erfolgte „Vergangenheitspolitik“ stand nach Rürup ausschließlich im Zeichen des „Krisenmanagements“ zum Fortbestand der Institution. Hauptziel der Bestrebungen sei eine Dislozierung der KWG vom

Nationalsozialismus gewesen, in bewusster Legendenbildung wurde ein „permanenter Belagerungszustand“ des wissenschaftlichen Systems imaginiert, in welchem die KWG „in reiner Wissenschaft ... zweckfreie Grundlagenforschung“ betrieben habe. Dass selbstkritisches Denken bei den ehemaligen Angehörigen der KWG eher die Ausnahme darstellte, führte Rürup im Folgenden an einigen Beispielen aus. Vor allem der Umgang mit den seit 1933 vertriebenen Wissenschaftlern stelle ein wenig erfreuliches Kapitel dar. Zwar sei der Kontakt vor allem zur Prominenz unter den emigrierten Kollegen gesucht worden und auch vielfach das Angebot zur Wiederaufnahme als „auswärtige wissenschaftliche Mitglieder“ ergangen. Zu einer echten Rückkehr und Wiedereinstellung der vertriebenen Wissenschaftler kam es jedoch nicht, da die fraglichen Stellen längst neu besetzt waren. Besondere Initiativen hierzu hätten weder die Generalverwaltung noch der Präsident der MPG ergriffen. Kaum weniger verschlossen zeigte sich, so Rürup, die MPG bei der Begleichung etwaiger materieller Ansprüche in Form von Pensionen oder Entschädigungen. Im Einzelfall des israelischen Weitzmann-Instituts gewährte man zwar seit Ende der 50er Jahre finanzielle Unterstützung, insgesamt sei das „Bewusstsein für Unrecht oder Schuld“ bei den Repräsentanten der MPG jedoch deutlich „unterentwickelt“ gewesen, es habe ein „unbegreiflicher Mangel an Sensibilität“ vorgeherrscht. Abgesehen von kleineren Versuchen in den 60er Jahren blieb die MPG, auch von Seiten der internationalen Wissenschaftsgemeinschaft, bis in die 80er Jahre hinein von kritischen Nachfragen weitgehend verschont. Erst seit diesem Zeitpunkt sah sich die MPG, vielfach im Zuge von Kontroversen um frühere Täter oder als Ergebnis von Bürgerinitiativen für vergessene Opfer, mit einer kritisch bis polemisch auftretenden Forschung konfrontiert. Der Beisetzung von Gewebeproben der Opfer der Arbeiten von Wissenschaftlern der KWG im Mai 1990 in München folgte im Oktober 2000 die Beteiligung der MPG an der Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der Euthanasie in Berlin. Schließlich begann 1998 die durch den damaligen Präsidenten der MPG, Hubert Markl, initiierte Präsidentenkommission zur „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“ mit der „Offenlegung der Vorgänge“. Das von Markl 2001 während eines Symposiums zur

⁵Für eine ausführliche Darstellung dieses in der Forschungsliteratur heftig diskutierten Projekts vgl. bei Gausemeier, Bernd, Rassenhygienische Radikalisierung und kollektiver Konsens, in: Sachse, Carola (Hg.), Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten, Göttingen 2003, S. 178-198; sowie bei Trunk, Achim, Zweihundert Blutproben aus Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943-1945) (Ergebnisse 12. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“), Berlin 2003. Die in der Reihe „Ergebnisse“ vorabgedruckten Arbeiten sind auf der Homepage des Forschungsprogramms als PDF-Datei verfügbar (<http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/KWG/publications.htm>).

Beteiligung der KWG an Menschenversuchen⁶ erklärte Schuldeingeständnis sowie seine Bitte um Verzeihung stellten, so Rürup abschließend, einen „geschichts- und wissenschaftspolitisch wichtigen Vorgang“ dar. Insbesondere die Bitte um Entschuldigung für die „mangelnde Aufklärung der historischen Wahrheit“ könne als Voraussetzung für ein ehrliches „Erinnern und Lernen“ begriffen werden.

Zu Beginn der Abschlussdiskussion problematisierte Hagen Fleischer (Athen) den zwischen dem Frühjahr 2000 und dem Sommer 2001 feststellbaren Sinneswandel Hubert Markls bezüglich der Möglichkeit einer Entschuldigung im fremden Namen.⁷ Die ursprüngliche Ablehnung Markls sei, so Reinhard Rürup, durchaus aus guten Gründen erfolgt. Die Wandlung der Ansicht könne aber überzeugen, da Markl im Rahmen des besagten Symposiums in persönlicher Ansprache an anwesende Überlebende der durchgeführten Menschenversuche um Verzeihung gebeten habe. Auf die besondere Rolle Ernst Telschows, Generalsekretär der KWG seit 1937 und in gleicher Funktion bei der MPG bis 1960 tätig, im Kontext von drohender Auflösung der KWG und Entnazifizierung verwies Michael Eckert (München). Schließlich erläuterte Hans-Walter Schmuhl auf Nachfrage die Finanzierung der drei durch ihn dargestellten Institute. Zwei Drittel ihrer Etats seien durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Rockefeller-Stiftung sowie der deutschen Industrie fremdfinanziert gewesen. Mit der Beantwortung der Frage, was als Ergebnis nach der Aufarbeitung bleibe, beendete Reinhard Rürup die Diskussion. Zum einen sei die Offenlegung der historischen Gegebenheiten entscheidender gewesen als die Errichtung von Denkmälern. Zum anderen sei es gelungen, zur Entwicklung systematischer Fragen für die zukünftige Forschung beizutragen.

Tagungsbericht *HT 2004: Wissenschaft, Politik und Krieg. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1933-1945*. 17.09.2004, Historikertag Kiel. In: H-Soz-u-Kult 13.10.2004.

⁶ Carola Sachse hat 2003 in der Buchreihe des Forschungsprogramms anlässlich des Symposiums einen Sammelband herausgegeben, vgl. Sachse, Carola (Hg.), *Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten*, Göttingen 2003.

⁷ Fleischer bezog sich auf einen Zeitungsartikel Markls, vergleiche Markl, Hubert, *Anmaßung in Demut*, in: *Die Zeit* vom 10.02.2000.